

	Antrags-Nr.	
	0993-AT/2018	

Antrag

Frau
Gisela Rexrodt
Stadtratsmitglied

Betreff
Antrag des Stadtratsmitgliedes Frau Rexrodt - Fragen zur Kosteneinsparung und kundenorientierten Arbeit auf dem städtischen Friedhof

Beratungsfolge	Sitzung	Sitzungstermin	
Haupt- und Finanzausschuss	Ö	09.01.2018	

I. Beschlussvorschlag

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat in einer nächsten Sitzung (März/April) den anhängenden Fragenkatalog zu Möglichkeiten der innerbetrieblichen Kosteneinsparung und zur kundenorientierten Arbeit auf dem städtischen Friedhof zu beantworten.

- Welches innerbetriebliche Einsparpotenzial wurde geprüft und umgesetzt?
- Was wurde unternommen, um dem Trend des Leerstandes entgegenzuwirken?
- Wie wurden die Gestaltungsvorschriften angepasst, um den Kunden mehr Freiraum bei der Abdeckung und Einfassung zuzugestehen und somit die Pflege zu erleichtern?
- Weshalb werden immer weniger herkömmliche Grabstätten erworben?
- Wie viele externe Aufträge gab es seit 2013?
- Wie viele davon wurden durch öffentliche Ausschreibung, durch beschränkte Ausschreibung oder freihändig vergeben?
- Wie viele unterschiedliche Anbieter erhielten bezogen auf die externen Vergaben den Zuschlag?
- Welche Kosten entstanden durch die externe Vergabe seit 2012?
- Ist es zeitgemäß, anhand des Leerstandes, Erdreihengräber anzubieten? (Die Lage des Erdreihengrabes bestimmt die Friedhofsverwaltung, die eines Erdwahlgrabes sucht der Angehörige aus.)
- Erschweren die Vorschriften für Grabflächen den Verkauf?
- Wo befinden sich die Baumgräber und wie viele Bestattungen fanden dort statt?
- Wie viele Bäume wurden dort gepflanzt, da laut Satzung 4 Urnen pro Baum vorgesehen sind?
- Ist die Differenz zwischen einer Urnengrabstätte für 30 Jahre und einer Grabstätte in einer Urnengemeinschaftsanlage für 20 Jahre ein ausschlaggebender Faktor (wenn ja, weshalb)?
- Ist die Pflege dieser Grabfelder durch die Friedhofsverwaltung dafür ausschlaggebend, wenn ja, warum bzw. warum nicht?

- **Warum wurde der Vorschlag eines Aushangs gegen eine Jahresgebühr mit der Auflistung aller ansässigen Gewerbetreibenden (Steinmetze usw.) nicht aufgegriffen?**
- **Warum wurde nicht der Vorschlag angenommen, sich mit den Gewerbetreibenden zu beraten, um über eine Neugestaltung von Grabfeldern im Interesse der Stadt, der Angehörigen und der Gewerbetreibenden zu beraten?**
- **Werden noch immer die bestehenden Graniteinfassungen der Erdgräber mit der Begründung fehlenden Werkzeugs/Maschinen nicht gerichtet? (Warum und mit welcher Begründung gibt es hier Ausnahmen?)**
- **Weshalb gibt es am/im Friedhof keinen Briefkasten in Anbetracht der verkürzten Öffnungszeiten?**
- **Wurden an einzelne Gewerbetreibende für den Zugang zum Friedhof außerhalb der Öffnungszeiten für Gewerbetreibende Schlüssel ausgegeben? (Wenn ja warum und an wen?)**

II. Begründung

Die „problemlose“ Änderung der Friedhofssatzung und der entsprechenden Gebührensatzung führten und führen nach wie vor zu öffentlichen Diskussionen, insbesondere zu den oben stehenden Fragen und zu Möglichkeiten innerbetrieblicher Einsparungen.

Die gesetzliche Vorgabe einer Neukalkulation und einer daraus resultierenden Gebührensteigerung, die an den Kunden weiterzugeben ist, ist unstrittig.

Gerade aus diesem Grund müssen die Hinweise, die im Prüfvermerk des Jahresabschlusses gegeben werden, auf ihre Umsetzung konkret geprüft und dem Stadtrat das Ergebnis dieser vorgelegt werden.

Im letzten Prüfvermerk zum Jahresabschluss heißt es: „Wir haben bei der Feststellung, ob aus der vorgelegten Kalkulation Einspareffekte mit Gebührenaussparungen erkennbar sind, die einzelnen Kostenarten einschließlich der Auswirkungen aus der Nachkalkulation für die Jahre 2013 bis 2015 einer Plausibilitätsprüfung unterzogen. Werden Möglichkeiten einer Gebührenreduzierung bei Zugrundelegung der geplanten Aufwendungen und Erträge gesehen?“

Eine Antwort auf diese Frage wurde seitens des zuständigen Amtes/Dezernates nicht gegeben. Aus diesem Grund ist es unerlässlich, dass diese Frage zur Beantwortung kommt und die aufgelisteten Fragen dabei Berücksichtigung finden.

Es handelt sich hier um ein äußerst sensibles Dienstleistungsunternehmen der Stadt mit großer Außenwirkung.

Frau
Gisela Rexrodt
Stadtratsmitglied